

**Republik Österreich**

DER BUNDESKANZLER

II-14753 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 531 15/0
DVR: 0000019

Z1.353.110/119-I/6/94

6. September 1994

An den
Präsidenten des Nationalrats
Dr. Heinz FISCHER

6821 /AB

Parlament
1017 W i e n

1994-09-08

zu 6937 /J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Petrovic, Freundinnen und Freunde haben am 13. Juli 1994 unter der Nr. 6937/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Studie über Durchforstung des Sozialsystems gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Wird diese Studie noch rechtzeitig vor den Wahlen der Öffentlichkeit zugänglich sein?
2. Wenn nicht, mit welchem Veröffentlichungstermin rechnen Sie derzeit?
3. Welche Detailergebnisse der Studie liegen bereits vor und welche werden noch bis vor den Wahlen veröffentlicht werden?
4. Umfaßt die Studie auch Überlegungen zum Problembereich Mindestsockelung insbesondere in der Arbeitslosenversicherung, Notstandshilfe und Sozialhilfe?
5. Befaßt sich die Studie auch mit dem Problembereich der Umverteilung, und hier insbesondere mit jenen Bereichen, wo tatsächlich eine Umverteilung von unten nach oben stattfindet? (Beispiel: Wohnbauförderung)
6. Befaßt sich die Studie auch mit den diversen bankrotten Fonds' und deren Reorganisationen? (Familienlastenausgleichsfonds, Insolvenzentgeltsicherungsfonds, Reservefonds, usw.)

- 2 -

7. Wie begründen Sie es, daß eine Studie, welche wesentlicher Bestandteil der zukünftigen österreichischen Politik und auch der noch heuer stattfindenden Regierungsverhandlungen sein soll, nicht vor den Wahlen der Öffentlichkeit bekanntgegeben wird?
8. Ist bereits absehbar, in welchen Bereichen es aufgrund dieser Studie zu Sozialabbaumaßnahmen kommen wird?"

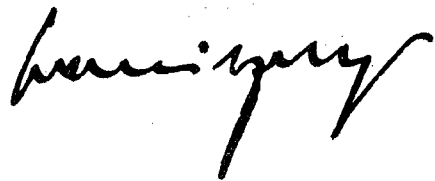
Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Es ist mir bekannt, daß im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, gemeinsam mit anderen Ressorts, derzeit Analysen der Verteilungsgerechtigkeit und der Effizienz von Sozialleistungen angestellt werden.

Konkrete Ergebnisse dieser Arbeiten, die überwiegend längerfristig konzipiert sind, liegen noch nicht vor.

Ich ersuche daher um Verständnis, daß mir eine detaillierte Beantwortung der Anfrage nicht möglich ist.

Grundsätzlich ist aber festzuhalten, daß die österreichische Bundesregierung keine Sozialabbaumaßnahmen plant.

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'K. H. H. H.', written in a cursive style.